

„Wir sehen uns auf dem richtigen Weg!“

Stellungnahme der Freunde des Sandhäuschens zur Ablehnung des Bürgerbegehrens ‚Rettet das Sandhäuschen‘.

Mit der Ablehnung unseres Bürgerbegehrens durch den Rat der Stadt Aachen haben wir gerechnet. Die formaljuristische und nicht inhaltliche Begründung war indes bezeichnend - Wieso?

Unser Bürgerbegehren ‚Rettet das Sandhäuschen‘ war ein initiiertes Bürgerbegehren, d.h. es richtete sich gegen keinen bereits getroffenen Beschluß zum Abriß des Sandhäuschens - was ein kassierendes Bürgerbegehren als Angriffspunkt gehabt hätte -, sondern es sprach sich begründet für den Erhalt und die Wiederbelebung dieser Einrichtung aus.

Das Risiko eines jeden initiierten Bürgerbegehrens liegt immer darin, dass jederzeit im politischen Abstimmungsprozeß durch neu eingebrachte politische Beschlüsse andere Rahmenbedingungen in der Sache geschaffen werden können, die die abzustimmende Fragestellung im laufenden Bürgerbegehren überholen kann.

Dieses Risiko sind wir bewusst eingegangen, weil uns Verschiedenes sehr wichtig war:

- keine Zeit zu verlieren und die Sensibilität der Bevölkerung in der Sache zu nutzen
- möglichst früh die Stadt Aachen und die Politik in die Verantwortung einzubinden
- uns den nötigen Gestaltungsraum zur Wiederbelebung des „Sandhäuschens“ zu verschaffen

Im Laufe des Bürgerbegehrens trafen wir mit der Politik ein Kooperationsabkommen, das uns einen Freiraum zur Wiederbelebung des „Sandhäuschens“ eröffnete. SPD und GRÜNE stellten dieses Abkommen jedoch in der Bezirksvertretung zur Abstimmung und führten so eine wesentliche Beeinflussung der rechtlichen Rahmenbedingungen unseres initiierten Bürgerbegehrens durch - wie wir heute wissen.

Auch ohne unser getroffenes Kooperationsabkommen hätten die Parteien einen ähnlichen zeitlichen Lösungskorridor zur Abstimmung bringen können, der zu dem gleichen Unzulässigkeitsbeschluß unseres Bürgerbegehrens geführt hätte wie heute.

In der Sache der behaupteten Unzulässigkeit unseres Bürgerbegehrens sehen wir trotz allem Möglichkeiten, in juristischen Widerspruch zu gehen und werden diese Möglichkeit nutzen.

Leider haben jetzt alle, die an der Vertrauenswürdigkeit der Politik zweifeln, durch die Vorgehensweise von SPD und GRÜNEN neue Nahrung erhalten. Unsere kürzlich erfolgte Abgabe des Bürgerbegehrens machte es offensichtlich, dass die damalige Einbringung des Kooperationsabkommens in einen Bezirksvertretungsbeschluß ein frühzeitiger Versuch von SPD und GRÜNEN war, unser Bürgerbegehren juristisch unwirksam zu machen.

Unsere Überzeugung war und ist, im ¾ Jahreszeitraum durch sachorientiertes Engagement eine positive Lösung für das „Sandhäuschen“ und die Einwohner von Laurensberg herbeizuführen und unsere Energie nicht durch juristische Machtspiele zu vergeuden.

Wir Freunde des Sandhäuschens haben zwischenzeitlich vieles für eine konstruktive Lösung getan und sehen uns insgesamt auf dem richtigem Weg.

Auch die Bezirksvertretung in Laurensberg scheint mittlerweile durch unsere Aktivitäten vom hohen Stellenwert des „Sandhäuschens“ für die Einwohner Laurensbergs überzeugt zu sein.

Die entscheidende Nagelprobe für die Vertrauenswürdigkeit in die Politik ist der Zeitpunkt, in dem wir der Stadt Aachen einen geeigneten Pächter nebst Nutzungskonzept präsentieren. Dann wird sich zeigen, ob es ihr mit dem ersten Punkt unseres Kooperationsabkommens wirklich ernst ist, „innerhalb eines definierten Zeitrahmens mit bürgerschaftlichem Engagement aus Laurensberg und in Kooperation mit der Stadt Aachen eine Instandsetzung des Gebäudes „Sandhäuschen“ und eine Pächtersuche erfolgreich abzuschließen“.

Walter Lennartz